

DAS THEMA

Für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Susanne Hennig-Wellsow zur Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor

Einen Schwerpunkt ihrer Rede zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thüringen-Monitor 2016 am 11. November im Landtag hatte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, auf die „Sozialgarantie gegen soziale Ungleichheit und spalten der Gesellschaft“ gelegt. Dazu sagte sie:

„Die Befragten des Thüringen-Monitors machten deutlich, dass soziale Gerechtigkeit das wichtigste Themenfeld ist, bei dem sie Antworten und den Dialog mit der Politik vermissen. Es gibt eine deutliche erlebte Verteilungs- und Ungerechtigkeit quer durch die Gesellschaft. Die finanzielle Situation wird von vielen Menschen heute als schlechter beschrieben, als im vergangenen Jahr. Und auch 26 Jahre nach der Vereinigung beschreiben viele Menschen weiterhin persönliche Benachteiligung durch ihre ostdeutsche Herkunft.“

Die Ergebnisse zu den Fragen von realer und wahrgenommener Ungleichheit machen klar, dass wir dringend und vorrangig über eine massive ge-

sellchaftliche Krise der sozialen Gerechtigkeit sprechen müssen. Der höchste Wert von Unzufriedenheit in Sachen Demokratie ist hier die Frage nach Ungleichheit. Also geht es den Menschen um mehr soziale Gerechtigkeit und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Die Ergebnisse im Monitor zu diesen Fragen stimmen mit zahlreichen anderen Befragungen überein: Die Menschen sehen die Bundesrepublik in hohem Maße als eine sozial ungerechte und ungleiche Gesellschaft an und sie befürworten mehr soziale Gerechtigkeit und einen aktiven Staat, der für Ausgleich sorgt. In Politik übersetzt bedeutet das mehr Ausgaben im Bereich des Sozialen, für Bildung und Lehrer, für Polizei und für bessere öffentliche Infrastruktur. Die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung hat darauf bereits geantwortet. Zum Beispiel mit mehr Lehrern, mehr Geld für die Kommunen, die jüngste Erhöhung des Blinden-

des oder mehr Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Dass aber hier weitere Anstrengungen nötig sind, ist klar. Weitere Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Beteiligung stehen auf der Tagesordnung der Regierung.

Vor allem vom rechten Rand wird alles unternommen, um diese soziale Ungleichheit und das Auseinanderklaffen der sozialen Schere in der Bundesrepublik für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren und die Schuld an allen möglichen Missständen Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben. Das ist pure Demagogie. Das ist einfach falsch und durch Fakten nicht zu belegen. Bodo Ramelow hat in seiner Rede darauf hingewiesen – ich kann es hier nur wiederholen. Die Ergebnisse des Monitors machen aber deutlich klar, dass es in der Gesellschaft massive soziale Bedrohungs- und Abstiegsängste gibt, die sich in der Ablehnung gegen Flüchtlinge gegen die völlig falschen Adressaten richten.

Ich denke, man muss klar und deutlich sagen: Durch Hetze gegen Flüchtlinge wird es keine Angleichung der Renten Ost/West geben, durch die Aufmärsche von Pegida & Co. wird keine Angleichung von Löhnen zwischen Frauen und Männern oder zwischen Ost/West erreicht werden und eine Stimme für eine Partei der extremen Rechten ist keine Stimme für mehr Gerechtigkeit, sondern es ist eine Stimme für Ausgrenzung und eine Stimme gegen die Interessen von Angestellten, Erwerbslosen und Rentnern.

Für uns als LINKE, aber auch für Rot-Rot-Grün, ist klar, dass soziale und politische Rechte Hand in Hand gehen müssen. Es wäre falsch, Freiheit oder Gleichheit als Widerspruch zu denken. Und es ist falsch, beides gegeneinander auszuspielen.

Ein Link auf der Internetseite der Fraktion führt zum Video der Rede der Fraktionsvorsitzenden

In Teilen „Aufklärungsverbrechen“

„Fünf Jahre NSU-Aufklärung in Thüringen – ist das staatliche Aufklärungsversprechen eingelöst?“, dazu debattierte der Landtag am 9. November. Für die Linksfraktion hatte Katharina König, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss, gesprochen und betont: „Wir haben definitiv nicht das erreicht, was damals zugesagt wurde. Wir haben es in Thüringen versucht, aber auch hier geraten wir kontinuierlich an Grenzen der Aufklärung.“

Dies habe auch mit dem von der Großen Koalition verabschiedeten Bundesverfassungsschutzgesetz zu tun, das „uns daran hindert, die Akten so, wie sie uns im letzten NSU-Untersuchungsausschuss noch vorlagen, weiterhin in die Arbeit der Aufklärung einzubeziehen“. Die Abgeordnete bezeichnete es als fatales Zeichen, das aufgrund des Bundestagsbeschlusses „uns Akten nicht zur Verfügung gestellt werden“.

Fünf Jahre danach sei „aus dem staatlichen Aufklärungsversprechen zumindest in Teilen ein staatliches Aufklärungsverbrechen geworden“. Scharf kritisierte Katharina König die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Köln, keine Ermittlungen gegen den Ex-Verfassungsschutz „Lothar Lingen“ einzuleiten. „Verantwortungsträger, die aktiv und bewusst Akten schredeten, die zur Aufklärung des NSU-Komplexes hätten beitragen können, haben einen Freifahrtschein der Staatsanwaltschaft erhalten, weiterhin vertuschen zu können.“ Wenn selbst in so einem offenkundigen Fall der Vereitelung von Aufklärung keine Konsequenzen erfolgten, sei jeder Glaube an einen Aufklärungswillen und einen

Lernprozess des Behördenapparates erloschen. Insbesondere sei die Entscheidung aber ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und Opferangehörigen, denen doch lückenlose und transparente Aufklärung zugesagt worden sei. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte im Februar 2012 erklärt: „Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.“

Fast fünf Jahre später sei jedoch zu konstatieren, dass in den Amtsstuben schon längst wieder der alte Geist des Abwiegens, sich gegenseitig Deckens und Vertuschens eingezeichnet ist, wenn er sie denn je verlassen habe. „Dass Neonazis ohne Konsequenzen im NSU-Prozess offensichtlich und nachweisbar lügen, Verfassungsschutz Akten schreddern und dafür keine rechtliche Verfolgung befürchten müssen, bedeutet in der Konsequenz, dass die den Opferangehörigen und Betroffenen gegebenen Versprechen nicht nur gebrochen wurden, sondern nichts anderes als ein Lippenbekenntnis waren“, zog die Abgeordnete ein bitteres Resümee.

Im Landtag hatte Katharina König auch auf den Zeitdruck hingewiesen und die rot-rot-grüne Forderung nach Erhöhung der Dichte der NSU-Ausschusssitzungen betont. Einmal monatlich reiche nicht, gemeinsam mit der CDU sollte dies verändert werden – um die neuen Komplexe aufarbeiten zu können, um entsprechende Zeugen laden zu können und um das Versprechen an die Opferangehörigen, das ihnen im Abschlussbericht des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses der letzten Legislatur gegeben wurde, auch erfüllen zu können.



Zu einer Podiumsdiskussion „Fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU – über Rassismus, rechten Terror, Geheimdienstaffären und fehlende Aufklärung“ hatte die Linksfraktion am 4. November in das Haus Dacheröden in Erfurt eingeladen und zahlreiche Interessierte waren gekommen.

Auf dem Podium neben Katharina König, für die Fraktion DIE LINKE seit 2012 Mitglied in den NSU-Untersuchungsausschüssen Thüringens und Experte zum Thema Neonazi-Szene, Dirk Laabs, vielfach ausgezeichnete Journalist und Autor des Standardwerkes zum NSU-Komplex „Heimatschutz“, und Mehmet Daimagüler, Nebenklageanwalt im NSU-Prozess für die Angehörigen der Mordopfer Abdurrahim Özüdoğru und Ismail Yaşar. Die Moderation hatte der MDR-Journalist Axel Hemmerling übernommen. Um einen Überblick zum Thema NSU zu geben, war zuvor die ausgezeichnete Dokumentation

„Der NSU-Komplex“ von Stefan Aust und Dirk Laabs gezeigt worden.

Zur Eröffnung der Veranstaltung hatte die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow angesichts des „erneut auflodernden Hasses vor allem auf Geflüchtete und Muslime und angesichts des hilflosen Agierens der Behörden“ auf die „Gefahr einer Wiederkehr der 90er Jahre“ hingewiesen.

Besonders eindrücklich waren die Worte von Anwalt Mehmet Daimagüler, der mit Blick auf die NSU-Aufklärung sagte, dass die Sicherheitsbehörden „nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems sind“. Der Münchener NSU-Prozess gehe in den nächsten Monaten zu Ende, „aber wir stehen in vielerlei Hinsicht am Anfang“, so seine Einschätzung, denn „weite Teile des Geschehens liegen immer noch im Dunkeln“. Er kündigte an: „Wir werden weitergehen bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.“